

Amtliche

Bekanntmachung



des Satzungsbeschlusses für den

4. Änderung des Bebauungsplan Grainbach-Ost

Der Gemeinderat der Gemeinde Samerberg hat am 28.03.2023 in öffentlicher Sitzung die 4. Änderung des Bebauungsplanes Grainbach-Ost als Satzung beschlossen. (§ 10 Abs. 1 Baugesetzbuch – BauGB).

Dieser Beschluss wird hiermit gemäß Art. 10 Abs. 3 Baugesetzbuchs ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt die 4. Änderung des Bebauungsplanes Grainbach-Ost in Kraft.

Jedermann kann die 4. Änderung des Bebauungsplanes mit der Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, bei der Gemeinde Samerberg

Rathaus (Zimmer 6), Dorfplatz 3, 83122 Samerberg während der allgemeinen Geschäftsstunden (Mo. bis Fr. von 8.00 bis 12.00 Uhr und Do. von 14.00 bis 18.00 Uhr)

einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 und BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

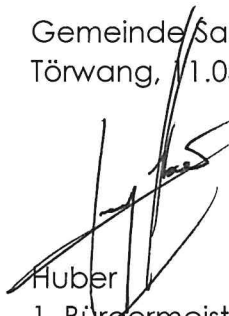
1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs und
4. nach § 214 Abs. 2a im beschleunigten Verfahren beachtliche Fehler,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist dazulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen.

Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Gemeinde Samerberg
Törwang, 11.05.2023


Huber
1. Bürgermeister



Ortsüblich bekannt gemacht durch
Anschlag an den Amtstafeln
am: 11.05.2023
Abgenommen am:
im Internet veröffentlicht: 11.05.2023
Törwang, den
(Unterschrift)